



europa.ch

Das Magazin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz **nebs** Nr. 2/2017



“

Interview Laura Sadis

**«Ich verstehe die europäische Kultur
als meine eigene»** Seite 6

Wagen wir neue Wege

INHALT

HINTERGRUND

- 3 Menschenrechte schützen
- 4 Die engen Beziehungen der EU mit der Schweiz in stürmischen Zeiten
- 5 Für eine offene und vernetzte Schweiz

INTERVIEW

- 6 Laura Sadis – «Ich verstehe die europäische Kultur als meine eigene»

LITERATUR

- 9 Abseits und dazwischen

NEBS

- 10 Mit der Nebs ins Bundeshaus

SEKTIONEN

- 11 Ein vereintes Europa – zum Wohle der Schweiz
- 12 Die Schweiz – Pionierin in Europa?

YES

- 13 Warum es die yes für eine europäische Zivilgesellschaft braucht

EU-MYTHEN AUFGESPIESST

- 14 Föderalismus und Zentralismus sind die zwei Lungenflügel jeder Demokratie

Liebe Leserinnen und Leser

Während mein Arbeitsantritt als stellvertretender Generalsekretär im Nebs-Sekretariat näher rückt, nutze ich dieses Editorial mit Freude, um Ihnen die Motivation für mein Engagement darzulegen. Als junger Hochschulabsolvent ausgerechnet den Schweizer EU-Beitritt voranbringen zu wollen: Was für ein Unsinn, werden einige sagen. Im Gegenteil!

Gewiss, mein Engagement gründet zum Teil in Idealismus. Ich glaube nämlich, dass das Projekt der Europäischen Union der

denzen mit der EU, ihren Werten und ihrem Projekt zu erkennen.

Angeht die globalen Herausforderungen, die uns bevorstehen, müssen auch unsere Antworten darauf global sein. Der Alleingang ist keine Option mehr! In diesem Kontext fordert der Pragmatismus, dass wir uns mit unseren nächsten Partnern verbünden: im vorliegenden Fall mit der EU. Weshalb sollte man sich vor dieser Realität fürchten? Die Schweiz ist durch ihre Geschichte, ihre geografische Lage, ihr



Raphaël Bez

Stellvertretender Generalsekretär der Nebs

Schlüssel für ein friedliches Europa ist, in dem Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Regionen, Staaten und Menschen – wie unterschiedlich sie auch sein mögen – Konflikte und alte Rivalitäten ersetzen. Der Friedensnobelpreis, den die EU 2012 erhielt, würdigte den Erfolg dieses in seiner Art einmaligen Gebildes, welches Demokratie, Menschenrechte und elementare Freiheiten fördert. Allein schon durch seine Natur verdient dieses kühne und ambitionöse Projekt Respekt und Unterstützung.

Jedoch ist auch und vor allem Pragmatismus der Grund, warum ich die Positionen der Nebs unterstütze. Es genügt, sich nur ein wenig auseinanderzusetzen mit dem wirtschaftlichen Austausch zwischen der Schweiz und der EU, mit der kulturellen Nähe zu unseren Nachbarn oder mit dem Platz unseres Landes auf dem internationalen Parkett, um sich der Ähnlichkeiten bewusst zu werden und unsere Interdepen-

wirtschaftliches und finanzielles Gewicht, ihr Knowhow in den Belangen des Föderalismus, der Demokratie, der Mehrsprachigkeit und der Kompromissfindung bestens gerüstet, eine (pro-)aktive Rolle im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses zu spielen. So ist es mit – und langfristig als Teil – der EU, wie die Schweiz Antworten auf die Herausforderungen von morgen finden muss.

Ich kann nur hoffen, dass wir die Fähigkeit wiederfinden, pragmatisch, offen und ehrlich über den Platz der Schweiz in Europa zu diskutieren – ohne Furcht vor dem Unbekannten. Haben wir keine Angst, alle Optionen in Betracht zu ziehen. Voller Vertrauen in unsere Fähigkeit, Sicherheit und Wohlstand zu erhalten, können wir neue Wege wagen und vorwärtskommen. Um dorthin zu gelangen, bleibt die Stimme der Nebs unerlässlich – sie, die seit Jahren niemals aufgehört hat, daran zu arbeiten. ★

Menschenrechte schützen

Von **Doris Angst**, Vorstandsmitglied Dialog EMRK

Was will die sogenannte «Selbstbestimmungsinitiative»?

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» verlangt, der Schweizer Bundesverfassung sei stets Vorrang vor dem Völkerrecht zu geben, mit alleinigem Vorbehalt des zwingenden Völkerrechts, wie dem Verbot der Folter, der Sklaverei und des Völkermords sowie dem Gebot des Non-Refoulements. Besteht ein Widerspruch zwischen dem Handeln der Schweiz und völkerrechtlichen Bestimmungen, so müsste ein bestehender völkerrechtlicher Vertrag gekündigt werden. Was als Stärkung der Schweizer Bundesverfassung daherkommt, zielt auf eine Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch die Schweiz ab. Dies würde jedoch den Menschenrechtsschutz – der uns alle betrifft – sowie die Position der Schweiz in Europa stark schwächen. Mit Fug und Recht kann man die im August 2016 eingereichte Initiative, die nach heutigem Stand wohl im Herbst/Winter 2018 zur Abstimmung kommt, als «Anti-Menschenrechtsinitiative» bezeichnen. Auslöser zu deren Lancierung war denn auch ein den Initianten unliebsamer Entscheid des Bundesgerichts, welches die Umsetzung der sogenannten «Ausschaffungsinitiative» an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ausrichtete und damit einschränkte. Die Initiative richtet sich deshalb nicht primär gegen «fremde» Richter, sondern gegen unsere eigenen höchsten Richter.

Was würde die Initiative bewirken?

Eine Einschränkung des Schutzes des/der Einzelnen in der Schweiz vor Eingriffen des Staates in die Menschenrechte würde umgehend spürbar. Denn die Schweizer BundesrichterInnen dürften die übergeordneten Bestimmungen der EMRK nicht mehr anwenden, um unsere Grundrechte zu schützen. Die Geschichte zeigt jedoch, dass viele Errungenschaften, die heute als selbstverständlich gelten, dank der EMRK in der Schweiz eingeführt wurden. Das Frauenstimmrecht, die Aufhebung der Praxis der

«administrativen Versorgung» und das Recht auf ein faires Verfahren wurden durch die EMRK befördert. Die übergeordnete Norm der EMRK gilt für die Schweiz als Mitglied des Europarats seit 1974. Die EMRK schützt unsere individuellen Rechte, weil wir die Möglichkeit haben, gegen ein Urteil des Bundesgerichts den EGMR anzurufen; ein entsprechendes Urteil wird in der Folge in die Schweizer Rechtspraxis aufgenommen. Seit 1974 rügte der EGMR die Schweiz nur in 1,5 Prozent aller sie betreffenden Urteile. Bei Annahme der Initiative befände sich die Schweiz deutlich öfter als heute im Widerspruch zur EMRK. Eine Kündigung dieses wichtigsten Instruments des Menschenrechtsschutzes in Europa durch die Schweiz würde sich aufdrängen. Dies hätte nicht nur innenpolitische Folgen, auch aussenpolitisch würde sich die Schweiz damit isolieren und einen grossen Reputationschaden im Kreis der europäischen Staaten erleiden.

Was will die Kampagne von Schutzfaktor M?

Der Verein Dialog EMRK führt die Kampagne «Schutzfaktor M», mit welcher die sogenannte «Selbstbestimmungsinitiative» bekämpft wird. 106 Partnerorganisationen haben sich bis heute zu einer NGO-Koalition zusammengeschlossen – mit dabei ist auch die Nebs. Noch nie gab es eine so breit und so früh aufgestellte Kampagne gegen eine Volksinitiative. «Schutzfaktor M» will ein möglichst grosses Zielpublikum sensibilisieren, die Bedeutung der EMRK erläutern und aufzeigen, welche Auswirkung deren Wegfallen auf uns alle hätte. Auf der Webseite sind alle die Schweiz betreffenden Urteile des EGMR kommentiert. Denn eine fundierte Meinung kann man sich erst durch eine durchdachte Argumentation bilden. Das neuste Produkt ist die Wanderausstellung «Meine Geschichte – mein Recht»: Neun Betroffene aus der Schweiz erzählen, wie sie für ihr Recht kämpfen mussten, und wie oftmals ihr Leben erst durch ein Urteil des EGMR wieder ins Lot kam. Einfach im Handling, ist die Ausstellung gratis zu beziehen und variabel einsetzbar. ★



Doris Angst

Doris Angst, Historikerin und Völkerrechtlerin, ehemalige Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), lehrt heute an der Fachhochschule für Soziale Arbeit Bern und ist Vizepräsidentin des Beirats des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR). Über ihre Spezialgebiete Rassismusbekämpfung und Minderheitenrechte kam sie zum Verein Dialog EMRK und unterstützt die Kampagne «Schutzfaktor M» gegen die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» aus Überzeugung.

www.schutzfaktor-m.ch

Die engen Beziehungen der EU mit der Schweiz in stürmischen Zeiten

Von **Andreas Schwab (DE)**, Abgeordneter im Europäischen Parlament

Gerade in diesen bewegten Zeiten schätzen wir es, einen Partner wie die Schweiz an unserer Seite zu wissen. Trotz aller intensiven Diskussionen in der Schweiz sind wir uns bewusst, wie wichtig die enge Kooperation ist.



Andreas Schwab

Dr. Andreas Schwab (*1973) ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er hat Rechtswissenschaften in Freiburg im Breisgau sowie am Institut d'études politiques in Paris studiert. Schwab ist Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion. Im Ausschuss für Wirtschaft und Währung ist er stellvertretendes Mitglied. Er ist zudem Mitglied im Vorstand der EVP-Fraktion und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Die Europäische Union und die Schweiz verbindet seit langem eine enge freundschaftliche Beziehung. In der Mitte Europas gelegen, ist die Schweiz ein wichtiger Partner der Europäischen Union und wir sind wirtschaftlich besonders eng verknüpft. Nach den USA und China ist die Schweiz der dritt wichtigste Handelspartner der EU. Die Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren in der EU erheblich an Fahrt aufgenommen und das Wachstum ist mittlerweile in allen Mitgliedstaaten angekommen. Davon profitiert auch die Schweiz. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hat am 13. September in seiner Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament in Strassburg deutlich werden lassen, dass wir viel erreicht haben, aber in den Bereichen Handelspolitik, Investitionsschutz, Cybersicherheit und Industriepolitik weiter vorankommen müssen.

Angesichts der Herausforderungen, vor denen die EU steht (Migration, Brexit, Populismus, Euroskeptizismus), werden wir die Zukunft mit einem konkreten Massnahmenkatalog gestalten. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat mit seiner europapolitischen Rede am 26. September deutlich gemacht, dass er willens ist, Europa weiterzuentwickeln. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass eine neue Dynamik die EU erfasst hat, die entgegen den durchaus bestehenden Widerständen unsere Kooperation voranbringen wird.

Um auch zukünftigen Entwicklungen in der Zusammenarbeit, «nicht nur» im Binnenmarkt, Rechnung zu tragen, bin ich der festen Auffassung, dass wir mit der Schweiz ein institutionelles Rahmenabkommen brauchen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Beziehungen, die zum gros-

sen Vorteil beider Seiten sind, sich weiterhin fruchtbar entwickeln können. Vor allem in der Wirtschaft lässt sich dies deutlich aus den Zahlen von 2016 ablesen: 54 Prozent der Schweizer Exporte waren für die EU bestimmt, mehr als 18 Prozent davon gingen nach Deutschland. Daneben kommen rund drei Viertel der Schweizer Importe aus der EU. Hierbei stammten 2016 mit 28 Prozent die meisten Waren aus Deutschland, gefolgt von Italien (10 Prozent) und Frankreich (8 Prozent).

Gerade in meinem Wahlkreis in Baden-Württemberg gibt es eine sehr enge Beziehung zu unseren Nachbarn in der Schweiz – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Insgesamt 318 500 Grenzgänger aus der EU überschreiten täglich die Grenze zur Schweiz, um dort zu arbeiten. Auch Schweizer schätzen die Europäische Union. So lebten Ende 2016 464 409 Schweizer und Schweizerinnen in den Mitgliedstaaten der EU. Diese Zahlen sind nur ein kleiner Ausschnitt davon, wie eng die Schweiz und die EU miteinander verbunden sind. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt basiert auf Regeln, die eingehalten werden müssen. Gerade auch deshalb brauchen wir als festen Rahmen ein entsprechendes institutionelles Abkommen. ★

Für eine offene und vernetzte Schweiz

Von **Tiana Moser**, Nationalrätin (ZH) und Fraktionspräsidentin der Grünliberalen

Protektionismus schadet der Schweiz. Insbesondere die bilateralen Verträge und die Personenfreizügigkeit sind für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz unverzichtbar. Leider haben derzeit Protektionisten von links und rechts Auftrieb. Gemeinsam kämpfen sie gegen Freihandelsabkommen, stattdessen wird die Selbstversorgung glorifiziert. Europa wird für viele als Problem angesehen – und kaum noch als Chance. Es ist höchste Zeit, dass die progressiven Kräfte dem entschieden entgegentreten.

Schliesslich sind es die Offenheit und unsere internationale Vernetzung, die uns zu einem wohlhabenden, vielfältigen und innovativen Land gemacht haben. Unser Land ist klein und agil und wir haben immer geschickt gewusst, unsere Beziehungen weltweit so zu pflegen, dass wir daran wachsen konnten. Sei das im Bereich der Wirtschaft, der Forschung oder der Diplomatie.

Offenheit hat Tradition

Eine radikale Abkehr von dieser Tradition schadet der Schweiz. Die enge Vernetzung mit der EU verlangt stabile Beziehungen. Nur der uneingeschränkte Zugang zum europäischen Markt erlaubt es unseren Unternehmen, in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld zu bestehen und international an der Spitze zu bleiben. Stattdessen drohen wir aber den Anschluss zu verpassen: Wichtige Erweiterungen der bilateralen Verträge sind blockiert, beispielsweise das Stromabkommen. Dabei wäre dieses für die Wirtschaft und die Energiewende zentral. Doch wenn bei jeder Anpassung des EU-Rechts die bilateralen Verträge als solche infrage gestellt werden, schadet das der Rechtssicherheit in unserem Land.

Institutionelles Abkommen unumgänglich

Deshalb ist ein institutionelles Abkommen mit der EU unumgänglich. Die Diskussionsverweigerung vieler Schweizer Parteien ist

realitätsfern und gefährdet unseren Wohlstand. Mit diesem Vorgehen verunmöglichen wir die Weiterentwicklung der Bilateralen – und die ist notwendig. Wenn wir die bilateralen Verträge einfach so belassen, erstarrt sie. Dann sind sie nichts mehr wert, weil sie für eine Welt gemacht wurden, die nicht mehr existiert. Das ist wie eine veraltete Software auf einem neuen Computer. Der freie Austausch von Ideen und Personen ist eine Bereicherung. Auch viele Schweizerinnen und Schweizer profitieren davon, wenn sie in EU-Ländern arbeiten oder studieren. Gleichzeitig profitieren unsere Unternehmen von unzähligen gut ausgebildeten Fachkräften aus dem EU-Raum. Sie stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unseres Landes.

Nationalkonservativer Stimmungsmache entgegentreten

Wir müssen protektionistischer und nationalkonservativer Stimmungsmache entgegentreten und die Vorteile einer offenen und vernetzten Schweiz selbstbewusst vertreten. Das nicht nur mit Worten, sondern mit konkreten Vorschlägen. Die Grünliberalen haben einen eigenen Gegenvorschlag zur «Rasa»-Initiative entwickelt. In diesem verlangten wir die Streichung von Höchstzahlen und Kontingenten aus der Verfassung und ein unmissverständliches Bekenntnis zu völkerrechtlichen Verträgen. Leider hatte der Nationalrat dafür kein Gehör. Als Folge werden wir «Rasa» unterstützen.

Viel wichtiger ist aber die anstehende Debatte über das institutionelle Abkommen mit der Europäischen Union. Hier braucht es eine breite Allianz und Diskussion. Nur so können wir den erfolgreichen bilateralen Weg langfristig auf eine solide Basis stellen. Alles andere ist Augenwischerei und gefährdet die Rechtssicherheit und den Wohlstand in unserem Land. ★



Tiana Angelina Moser

Tiana Angelina Moser ist seit 2007 Nationalrätin für die Grünliberalen und seit 2011 deren Fraktionspräsidentin im Bundeshaus. Sie ist Mitglied der Aussenpolitischen sowie der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates. Tiana Moser hat an den Universitäten Zürich und Pompeu Fabra in Barcelona Politik- und Umweltwissenschaften studiert und wohnt mit ihrer Familie in der Stadt Zürich



«Ich verstehe die europäische Kultur als meine eigene»

Die ehemalige Nationalrätin Laura Sadis ist Vorstandsmitglied der Nebs Schweiz. Als Tessiner Politikerin wurde sie diesen Sommer als potentielle Nachfolgerin von Bundesrat Didier Burkhalter gehandelt. Die Nebs hat Laura Sadis eingeladen, ihre Visionen zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa und zur Rolle unserer Organisation aufzuzeigen.



Laura Sadis

1961 geboren, ist Laura Sadis Inhaberin eines universitären Diploms in Wirtschaftspolitik und Expertein für Bundesfinanzen. Sie hat als Beraterin in Steuer- und Wirtschaftsfragen im Privatsektor gearbeitet. In der Politik war sie aktiv als Gemeinderätin in Lugano (1988–1996), Abgeordnete und Fraktionspräsidentin im Tessiner Grossrat (1995–2003), Nationalrätin der FDP (2003–2007) und Staatsrätin im Tessin, verantwortlich für Finanzen und Wirtschaft (2007–2015).

Aktuell aktiv im Bereich der Alptransit-Infrastruktur und in der Unterstützung der Schweizer Exportindustrie, lebt und arbeitet sie in Lugano. Laura Sadis ist ausserdem Mitglied des ICRC und der italienisch-schweizerischen Stiftung Balzan.

Sie sind im Tessin geboren, haben dort Ihre politische Karriere begonnen und Ihren Kanton auf Bundesebene vertreten. Der Kanton Tessin zeigt sich generell sehr europaskeptisch. Woher kommt Ihre proeuropäische Einstellung? Warum engagieren Sie sich für die EU?

Meine Antwort ist einfach: Weil ich die vielfältige europäische Kultur als meine eigene verstehe, als das Zuhause meiner Werte. Europa ist mehrsprachig und multikulturell – wie es im Grunde auch die Schweiz ist. Sich für die Europäische Union zu interessieren bedeutet, sich für Europa zu interessieren, für ein Projekt, das die Zukunft seiner BürgerInnen, insbesondere der Jugend, verkörpert.

Was das Tessin angeht: Wenn man die Volksabstimmungen der letzten Jahre betrachtet, stellt man beispielsweise auch eine Mehrheit gegen einen Schweizer UNO-Beitritt fest. Man empfindet ein Sicherheitsproblem, besonders ökonomisch und sozial, welches infolge der Globalisierung und der internationalen Verflechtungen noch dringlicher wird, und welches der Ursprung dieser illusorischen Lösung von Abkapselung und Abschottung ist. Man findet im Tessin, wie auch anderswo, nationalistische, protektionistische und identitäre Positionen. Um diese verschiedenen Herausforderungen zu meistern, braucht es ein europäisches Format. Ohne ihren gemeinsamen Raum – die EU – hätten die Nationalstaaten gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Weltmächten schlicht keinen Bestand.

Die Schweizer Medien haben Sie als mögliche Bundesratskandidatin gehandelt. Was hätten Sie als Tessinerin und Pro-Europäerin in dieses Amt mitbringen können?

Die Schweizer Presse hat von mir als FDPlerin gesprochen, die zur politischen Mitte neigt – als Person, die tragfähige Kompromisse zu finden versucht, aber auch als Person mit festen Überzeugungen, für die sie bereit ist, sich einzusetzen. Dazu gehört meine Vision für Europa, genauso wie meine Überzeugung, dass die Politik die wahren mittel- und langfristigen Interessen unseres Landes zu identifizieren und zu verfolgen hat. Wenn es um uns selber geht, müssen wir auch hinhören, was die anderen über uns sagen. Laut den Leuten, mit denen ich politisch zusammengearbeitet habe, weiss man bei mir, mit wem man es zu tun hat. Das freut mich. Ich glaube in der Tat, dass in der Politik keine Tricksereien angebracht sind – sondern transparentes Argumentieren. Mir war das «die eine Hand wäscht die andere» in der Politik immer suspekt, darum habe ich es auch nie praktiziert. Dies hat mir Respekt eingebracht, aber auch Feinde – gut so!

Was sind Ihrer Meinung nach die Herausforderungen, die sich dem Nachfolger von Didier Burkhalter, Ignazio Cassis, stellen?

An und für sich sind es die gleichen Herausforderungen, mit denen auch schon Bundesrat Burkhalter konfrontiert war – selbst wenn man versucht, alles auf Null zurück-



© KEYSTONE/Karl Mathis

zusetzen (es wurde von einem *reset* gesprochen) oder wenn man die drängenden Fragen mit Wortakrobatik umschiff. Vielleicht bleibt die Schweiz in ihrer abwartenden Haltung gefangen. Man denkt fälschlicherweise, man könne nichts falsch machen, solange man nicht handelt. Die Schweiz wird wohl den Brexit abwarten, bevor sie ihren nächsten Schritt macht. Dennoch brauchen wir eine Vision in der Europapolitik, welche über das Reagieren auf Druck von aussen hinausgeht, und eine öffentliche Debatte, welche nicht den kurzfristigen Interessen der Parteien untergeordnet ist. Wir werden sehen, wie der neue Schweizer Aussenminister damit umgeht, dem ich bei dieser anspruchsvollen Aufgabe alles Gute wünsche.

Die Schweiz scheint weiter von einem EU-Beitritt entfernt zu sein denn je. Welche Rolle kann eine Organisation wie die Nebs in diesem Kontext spielen?

Selbst die beste Idee, das beste Projekt wird im falschen Moment zu einer politischen Abstraktion. Ein Beitritt der Schweiz zur EU ist heute eine solche Abstraktion. Die Frage nach unseren aktuellen bilateralen Beziehungen zur EU, und wie sich diese in den nächsten Jahren entwickeln, ist derzeit viel dringlicher. Die Nebs hat dabei eine wichtige Funktion: Sie ist eine Stimme in der Schweiz, die aus Europa wieder ein Thema macht. In wie vielen Ländern wird bei internen Problemen einfach die EU ver-

antwortlich gemacht, selbst wenn diese sich nichts vorzuwerfen hat? Diese Schuldzuweisungen sind nur möglich, weil die Öffentlichkeit zu wenig über das eigentliche Tun der EU weiss. Solche Informationen sind wesentlich. Sie können und sollen auch kritisch gegenüber der EU sein – einer Union, die noch sehr jung ist und welche sich weiterentwickeln muss, indem sie sich eine richtige Verfassung gibt.

Die SchweizerInnen werden bald über die «Selbstbestimmungsinitiative» abstimmen, von den Initiativgegnern auch «Anti-Menschenrechtsinitiative» genannt. Was denken Sie darüber?

Das Konzept des Vorrangs der Schweiz und ihres Rechts gegenüber internationalen Abkommen scheint die Stimmbevölkerung zu faszinieren, was von den Parteien unerschwer ausgenutzt werden kann. Diese Volksinitiative, welche mich nicht überzeugt, versucht genau dies. Eine wirkliche öffentliche Debatte ist jedoch bis jetzt nicht absehbar. Für die Initiativgegner wird es nicht leicht sein, das Nein zu begründen. Man darf sich nicht im technischen und juristischen Jargon verlieren, sondern muss sehr klar argumentieren.

Die Zustimmung der europäischen Bürgerschaft zur EU ist während dieses Jahres generell angestiegen. Denken Sie, dass auch die Schweizer Bevölkerung wieder Vertrauen in die EU gewinnen kann?

“

«Die Nebs hat eine wichtige Funktion: Sie ist eine Stimme in der Schweiz, die aus Europa wieder ein Thema macht.»

“

«Wir sollten nicht auf den eigenen Vorteil bedacht einen Alleingang weiterverfolgen, sondern geleitet von gegenseitigem Interesse an den europäischen Entscheiden teilhaben.»



© KEYSTONE/Karl Mathis

Wenn die Zustimmung der europäischen BürgerInnen zur europäischen Idee bestehen bleibt oder gar stärker wird, weil notwendige Reformen für eine demokratischere, transparentere und weniger bürokratische EU zustande kommen, vielleicht auch verknüpft mit einer erneuerten Vision zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EU, dann wird sich auch die Haltung der Schweiz ändern. Aber bis dahin ist es noch weit.

Wie sehen Sie die zukünftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU?

Unsere wirtschaftlichen Interessen und unsere Lage im Herzen Europas machen diese Beziehungen unverzichtbar. Wir sollten nicht auf den eigenen Vorteil bedacht einen Alleingang weiterverfolgen, sondern, geleitet von gegenseitigem Interesse, an den europäischen Entscheiden teilhaben. Die Schweiz hat Trümpfe, die als Vorbild dienen und Reformen inspirieren können – Reformen, die die EU bitter nötig hat, etwa beim Föderalismus, dem Respekt für kulturelle und sprachliche Minderheiten oder im Bereich der direkten Demokratie.

Mit welchen drei Begriffen würden Sie die EU umschreiben?

Es ist schwer, nur drei auszuwählen. Die EU ist definiert durch ihre Werte: Freiheit, Friede (heutzutage fälschlicherweise banalisiert), Rechtsstaat und Menschenrechte. Diese Begriffe beinhalten etwa den Grundsatz der Gleichheit von Mann und Frau. Ein Ziel, das noch immer nicht verwirklicht ist, das aber unsere Taten inspirieren sollte. Die Gleichbehandlung von Mann und Frau spiegelt die Würde eines Landes. Die Emanzipation der Frau war die grösste gesellschaftliche Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts!

Die Nebs feiert nächstes Jahr ihr 20-jähriges Bestehen: Was wünschen Sie ihr? Was erwarten Sie von der Organisation bei dieser Gelegenheit?

Ich wünsche mir, dass sich wieder mehr Leute für die Nebs interessieren und engagieren, insbesondere mehr junge Menschen. Ihnen eine Stimme zu geben, selbst eine kritische, sollte das Ziel unserer Organisation sein. Junge Menschen dazu zu animieren, wieder Protagonisten ihrer eigenen individuellen, kollektiven und europäischen Zukunft zu werden – sich für ihre Visionen und Werte zu engagieren und deren Kraft zu entdecken: Das ist mein Wunsch – der sich vielleicht etwas ambitiös anhört... ★



Abseits und dazwischen

Auszug aus dem Buchprojekt von **Felix Brun**, Student an der Universität Freiburg

Ist der Mensch tatsächlich frei als Individuum und verantwortlich als Person gegenüber seiner sozialen Realität, so kann das menschliche Zusammenleben nur äusserst komplex sein. Doch ist die Komplexität menschlicher Gesellschaften nicht der Grund für die immerwiederkehrenden Kriege? Nein, im Gegenteil, sagt Denis de Rougemont. Die grossen Kriege des 20. Jahrhunderts seien Kriege von Nationalstaaten gewesen, und Nationalstaaten seien nichts anderes als eine Vereinfachung menschlicher Gesellschaften, nichts Rationales, sondern etwas Irrationales, ja Leidenschaftliches. «In der Nation wird eine neue Gesellschaft um einen Kult und um ein blutiges Mysterium begründet. Die Nation ist letztlich nichts anderes als die Vermittlung von Leidenschaften im kollektiven Sinne.» Friede, ist Rougemont überzeugt, kann nur über die Akzeptanz der Diversität und der Komplexität menschlicher Gesellschaften erreicht werden. «Der einzige Weg, heute zu einem dauernden Frieden zu gelangen, ist die Erneuerung einer Welt und einer Kultur auf Basis der Diversität der Personen und ihrer Berufungen.» Das menschliche Zusammenleben ist voll von möglichen Konflikten, der engagierte Mensch muss sich diesen Konflikten stellen, er muss versuchen, durch Dialogbereitschaft den Konflikten entgegenzuwirken, sie gewissermassen zu entschärfen. Verantwortung übernehmen heisst: «Ich antworte.»

Schön, aber kann der Mensch auf alles antworten, was ihn beschäftigt, was ihn gefährdet, was ihn verletzt oder tötet? Rougemont ist sich bewusst, dass dies nicht einfach so geschehen kann. Damit eine Antwort möglich wird, braucht es einen institutionellen Rahmen. Rougemont findet ihn im politischen System der Schweiz: dem Föderalismus. Für Rougemont gibt es in jener Zeit der kriegswirren nur zwei mögliche Arten, das menschliche Zusammenleben politisch zu organisieren. Das totalitäre System versucht die Unterschiede zwischen den Menschen einzuebennen, eine Zentrale steuert die Formen des Zusammenlebens, das Leben und das Wirtschaft-

ten der Menschen wird organisiert, es herrscht Planwirtschaft. Die zweite mögliche Organisationsform ist der Föderalismus. Die Menschen werden so weit wie nur möglich sich selbst überlassen, sie organisieren sich frei und in kleinen Gemeinden, sie sind divers und werden diesem Zustand überlassen. Basis allen Zusammenlebens ist der freie, verantwortliche Mensch. «Die Person ist das Fundament der Gemeinde... Die eigentliche Verbindung zwischen den Menschen ist die Gemeinde der verantwortlichen Personen.» Nirgends sei der Beweis, dass Föderalismus funktioniere, stärker erbracht als in der Schweiz. Calvin habe den föderalistischen Gedanken wieder aufgenommen, in dem er dem Menschen eine Berufung, aber auch eine Verantwortung übertrug. Dieser verantwortliche Mensch musste sich mit der Vielfalt des Lebens auseinandersetzen. Denn, so gibt sich Rougemont überzeugt, «man schliesst sich nicht über oberflächliche Ähnlichkeiten zusammen, sondern über wesentliche, sich gegenseitig ergänzende Unterschiede.»

Doch mit dem Aufstieg Hitlers, der Entfesselung der Leidenschaften, der versuchten Uniformierung wächst auch die Gefahr, den freien Menschen an ein totalitäres System zu verlieren. Früher als viele andere Intellektuelle spürt Rougemont die Gefahr, die von Hitler ausgeht. Im Februar 1935 schreibt er einen lapidaren Satz in sein Tagebuch, eine Vorahnung auf kommende Zeiten: «Der Grund für meine schlechte Laune ist einfach: Es gibt keine Gemeinschaft mehr.» ★



Felix Brun

Felix Brun studiert im Masterstudiengang «Europastudien» an der Universität Freiburg. Unterstützt von der Nebs arbeitet er am Buchprojekt «Abseits und dazwischen – zehn Reden zur schweizerischen Europapolitik». Darin sucht er nach Gemeinsamkeiten der schweizerischen Europapolitik in den letzten hundert Jahren. Die ausgesuchten Reden sind zugleich biografische Zeugnisse: Felix Brun verwebt die persönliche Befindlichkeit der Referenten mit dem zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschenden Zeitgeist. So wird eine seelische Landschaft der schweizerischen Europapolitik sichtbar, die emotional näher an die Geschehnisse herantreibt als eine rein wissenschaftliche Abhandlung.

**Möchten Sie dieses Projekt unterstützen?
Melden Sie sich beim Sekretariat der Nebs!**

Zehn verschiedene Auseinandersetzungen zur Lage der Schweiz in Europa – und immer wieder treten Gemeinsamkeiten hervor. Die Schweiz: Ein vielgestaltiges Land, ein spannungsreiches Land, ein kompromissfähiges Land. Lieber tun wir uns zusammen, als dass wir uns gegenseitig bekämpfen. Lieber organisieren wir uns föderalistisch, als uns von einem Zentrum etwas aufzwingen zu lassen. Lieber halten wir uns – leider – aus allem anderen raus. Abseits und dazwischen: So findet sich die Schweiz in Europa während des ganzen letzten Jahrhunderts immer wieder.

Mit der Nebs ins Bundeshaus

Von **Fiona Wiedemeier**, Mitarbeiterin des Nebs-Generalsekretariats



(Von links nach rechts): Unser Gewinner Peter Abelin, Martin Naef und Lukas Wegmüller

Gemeinsam mit einem alten Freund kommt der Gewinner unseres Europa-Quiz, Peter Abelin, der an diesem Tag auch seinen Geburtstag feiert, in den Genuss einer Bundeshaus-Führung durch den Nebs- Co-Präsidenten und Nationalrat Martin Naef, den Nebs-Generalsekretär Lukas Wegmüller und mich.

Unser Besuch beginnt in der Kuppelhalle – wo jeweils auch die Staatsgäste empfangen werden. Martin Naef führt uns an den drei steinernen Gründervätern der Alten Eidgenossenschaft vorbei in den ersten Stock zum Café Valotton. Da die Session zurzeit in vollem Gange ist, ist das Bundeshaus hochfrequentiert. Schulklassen, JournalistInnen, LobbyistInnen und natürlich PolitikerInnen bevölkern die Räume.

Als kleine Besuchergruppe können wir gemeinsam mit den JournalistInnen und LobbyistInnen durch die Wandelhalle spazieren. Wir schlendern an der ehemaligen Bundesratskandidatin Isabelle Moret vor-

bei und werfen einen Blick in den Nationalratssaal, wo im Moment über die «Fair Food-Initiative» diskutiert wird. Von der Wandelhalle her gelangen wir auf einen schmalen Balkon, von dem aus wir eine sagenhafte Aussicht auf die Aare und die Berge geniessen.

Weiter geht es zum Ständeratssaal: eine schmale Wendeltreppe hinauf, in die architektonisch wunderschön ein moderner Lift eingebaut ist. Von den erhöhten Zuschauer-sitzen können wir einen Blick in die Debatte werfen, wo Bundesratspräsidentin Doris Leuthard gerade ihr Schlussplädoyer hält. In der *Chambre de Réflexion*, wie man den Ständerat auch nennt, sind im Unterschied zum Nationalrat keine Laptops erlaubt – zwecks Erhaltung der Debattenkultur. Ironischerweise besitzen dafür umso mehr StänderätInnen ein Tablet.

Am Ende unseres Rundgangs bestaunen wir im zweiten Stock die Geschenke, welche ausländische Gäste auf Staatsbesuch unserem Parlament mitgebracht haben. Von vergoldeten Ahornblättern bis hin zu Briefen von Kofi Annan ist alles dabei. Die Staaten der arabischen Halbinsel scheinen zudem ein Faible dafür zu haben, Miniversionen ihrer eigenen Bauwerke zu verschenken.

Nach dem Rundgang nehmen unsere Gäste die Möglichkeit wahr, von den Familiensitzen aus die Debatte im Nationalrat zu verfolgen. Danach geniessen wir alle gemeinsam einen leckeren Apéro in der «Galerie des Alpes» und diskutieren bei einer Tasse Kaffee die aktuelle Europapolitik.

Solche Bundeshausführungen wird die Nebs in Zukunft regelmässig durchführen. Eingeladen sind alle unsere Gönnerinnen und Gönner. Dabei werden sie von Nationalrätin Lisa Mazzone oder Nationalrat Martin Naef durchs Bundeshaus begleitet und können so persönliche Einsichten in das Schweizer Politsystem gewinnen. Gerne dürfen Sie sich beim Nebs-Sekretariat melden, wenn wir Ihr Interesse geweckt haben! ★

Ein vereintes Europa – zum Wohle der Schweiz

Von **Fredy Lüchinger**, Präsident der Nebs-Sektion Ostschweiz

Es ist eine Tatsache: Die Schweiz ist europapolitisch in den 80er- und 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts steckengeblieben. So schreckt denn das Ziel der Nebs Schweiz viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ab: «Die Nebs setzt sich für den raschen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union ein.» Als gebürtiger Ostschweizer, der im St. Galler Rheintal unmittelbar an der Grenze zu Österreich aufgewachsen ist und dort seine Familie gründete, weiss ich, wovon ich rede. Seit zwei Jahren wohne ich unweit von meinem Heimatdorf über der Rheingrenze im vorarlbergischen Dornbirn. Ich habe nach Abwägen der Vor- und Nachteile die Flussseite gewechselt und bin damit sozusagen «EU-Bürger» geworden. Diese Freiheit genieße ich heute als Unternehmer, aber vor allem als Privatperson sehr. Um keinen Preis würde ich mir meine Freiheiten nehmen lassen!

Ziel der neu gegründeten Nebs-Sektion Ostschweiz ist es, dabei mitzuhelfen, den EU-Beitritt der Schweiz so rasch wie möglich herbeizuführen. Dieser Weg wird anspruchsvoll, doch lohnt es sich, ihn zu gehen und den politischen Diskurs mit den «EU-Ängstlichen» anzustreben. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich viele Trugschlüsse in den Köpfen der Schweizerinnen und Schweizer eingenistet. Einer der grössten Trugschlüsse wurde nach dem Nein zum EWR-Beitritt durch die bilateralen Verträge herbeigeführt. Nämlich der, die Schweiz habe mit der EU nichts zu tun! Durch diese Verträge ist die Schweiz jedoch de facto fast ein EU-Mitglied, übernimmt unser Land doch laufend EU-Richtlinien und damit EU-Recht, bezahlt Kohäsionsbeiträge und genießt alle Vorteile, welche durch die Errungenschaften der EU und deren Vorgängerorganisation erwirkt wurden. Diese Tatsache wird leider von den EU-Gegnern ausgeblendet. Die Grundpfeiler, welche die EU zum Wohle aller in Europa lebenden Menschen verankert hat, sind immens: Friede, Freiheit, Sicherheit, Wohl-



Thomas Humm und Fredy Lüchinger, Sekretär respektive Präsident der neuen Sektion gemeinsam mit den Repräsentanten der Nebs Schweiz

stand und Stabilität. Dies sind Grundwerte, die es zu verteidigen und auszubauen gilt. Die neu gegründete Nebs-Sektion Ostschweiz unterstützt dieses Ansinnen mit verschiedenen Massnahmen. Wir werden unsere Positionen verständlich in die Öffentlichkeit tragen. Zu lange wurden vorwiegend die Stimmen der Gegner eines EU-Beitritts von den Medien und damit der Öffentlichkeit wahrgenommen. Bringen wir uns ein und fordern von PolitikerInnen wie auch von den VertreterInnen der Wirtschaft eine klare Haltung zur EU und deren Vorteilen für die Schweiz von heute und morgen. Es ist wichtig, Sachverhalte klar zu formulieren, nichts zu beschönigen und Halb- und Unwahrheiten aus dem Weg zu räumen. Die Nebs-Sektion Ostschweiz wird sich aktiv mit Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und begleitender Öffentlichkeitsarbeit in den Diskurs einbringen. Unser Ziel ist klar: Die Schweiz soll ein wichtiges und aktives Mitglied der EU werden. ★

Die Schweiz – Pionierin in Europa?

Von **André-Lou Sugàr**, Kommunikationsverantwortlicher der Nebs-Sektion Waadt



Die Teilnehmer des ersten Runden Tisches in die Diskussion vertieft

Unter diesem etwas provokanten Titel hat die Waadtländer Sektion der Nebs gemeinsam mit den anderen Sektionen der Romandie am 14. Oktober 2017 in Montreux ein Kolloquium organisiert, um den siebzigsten Jahrestag des Gründungskongresses der Union Europäischer Föderalisten zu feiern, deren Mitglied die Nebs ist. Ende August 1947, im ausgebluteten Europa, haben sich mehr als 200 Persönlichkeiten aus sechs Ländern in Montreux vereinigt, um das zukünftige Vorgehen beim Wiederaufbau Europas zu erörtern.

Das Kolloquium, welches auch eine Etappe der Nebs-Europatour 2017 darstellte, umfasste zwei komplementäre Runde Tische mit lebhaften und intensiven Diskussionen. Der erste, geleitet von Chantal Tauxe, Vizepräsidentin der Nebs-Sektion Waadt, versammelte drei renommierte Historiker: Hans-Ulrich Jost, Gilbert Casarus und Gilles Grin. Sie diskutierten die historische Rolle der Schweiz im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses.

In die Zukunft gerichtet, musste der zweite Runde Tisch die Frage beantworten: «70 Jahre danach, welcher Platz für den europäischen Geist?» Unter der Leitung von Axel Marion, Präsident der Nebs-Sektion Waadt, präsentierten drei engagierte Persönlichkeiten, Léonore Porchet, Abgeordnete der Grünen im Grossen Rat Waadt, Valentin Christe, PLC-Gemeinderat in Lausanne und Cenni Najy, Analyst von foraus, ihre Visionen zu Europa im Jahr 2087.

Das Kolloquium begann mit einer Begrüssung durch die lokalen Behörden, überbracht von Pierre Rochat, Gemeinderat von Montreux, und einleitenden Worten von François Cherix, Co-Präsident der Nebs («70 Jahre europäischer Föderalismus»). Die Schlussfolgerungen zog Sylvie Podio, Präsidentin des Waadtländer Grossen Rats. Die Ausstellung zur Geschichte der EU, realisiert durch das «Maison de l'Europe transjurane de Besançon», war dazu eine perfekte Ergänzung. ★



Warum es die yes für eine europäische Zivilgesellschaft braucht

Von **Julia Hofstetter**, Mitglied der young european swiss

Während in Zeiten der Globalisierung die Politik immer komplexer wird, liefern populistische Bewegungen immer stumpfere, vermeintlich einfachere Antworten. Die vielschichtige Europapolitik wird zu einem leichten Opfer für freiheitsfeindliche Parolen, und durch das Fehlen eines lagerübergreifenden Dialogs – Schlagwörter wie Filterbubble und Fake News liegen nicht fern – polarisieren sich die Meinungen in unserer Gesellschaft zunehmend. In solchen Zeiten kommt einer starken Zivilgesellschaft eine besonders wichtige Rolle zu. Sie ist ein Garant für eine stabile Demokratie und kann dort vermitteln, wo einfache Antworten fehlen.

Hier setzt die Arbeit der young european swiss (yes) an. Unser Kernziel ist es, unserer Generation die komplexe politische Lage in Europa verständlich zu machen. Grundlegend dabei ist es, den Schweizerinnen und Schweizern aufzuzeigen, dass eine enge Beziehung zur EU uns nicht nur Pflichten auferlegt, sondern uns vor allem auch Chancen eröffnet. So wie die Personenfreizügigkeit in erster Linie ein individuelles Freiheitsrecht ist, das uns Mobilität, Chancengleichheit und kulturellen Austausch ermöglicht. Für mich ist die wichtigste Aufgabe der yes, unserer Generation deutlich zu machen, dass gerade diese Freiheiten, die wir für selbstverständlich halten, dies nicht sind, sondern dass wir uns für ihren Erhalt einsetzen müssen. Denn die Abschottungspolitik der SVP hat besonders auch für die Jugend negative Konsequenzen. Nie war eine Generation so mobil wie die unsere. Abschottung bedeutet eine extreme Begrenzung dieser Mobilität, eine Begrenzung des kulturellen Austauschs und eine Begrenzung unserer Zukunftschancen. Sie erschwert uns den Zugang zu Bildung, Arbeit und besonders auch Akzeptanz im Rest Europas. Die yes setzt sich deshalb für die Erhaltung dieser Chancen und Zukunftsperspektiven ein und steht ein für eine offene Schweiz mit engen Beziehungen zur EU.



Lancierung der Kampagne #InEuropaZuHause in Bern.

Neben der Öffnung gegenüber Europa als Kernanliegen kämpft die yes ebenso für eine vielfältige, starke, fortschrittliche und vernetzte Schweiz. Wir bringen junge Menschen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zusammen, um über ein vereintes Europa und den Platz der Schweiz darin zu diskutieren. Dazu organisieren wir Seminare, Strassenaktionen, Podiumsveranstaltungen und Bildungsreisen und veranstalten Kampagnen, zuletzt engagierten wir uns gegen die Durchsetzungs- und die Ecopop-Initiative. Im Rahmen unseres Projekts *europe@school* führen wir Informationstage an Gymnasien durch und bringen Jugendlichen die EU-Institutionen durch unsere alljährliche Studienreise *Challenge Europe* nach Brüssel näher. Das ist eine langfristige Investition in die Schaffung eines Bewusstseins für die Bedeutung enger Beziehungen der Schweiz zur EU, welches unverzichtbar ist für eine Generation, die in einer komplexen Welt studieren, arbeiten, reisen und leben will. ★



Werde Mitglied der yes!
Alle Infos sind auf unserer
Webseite: www.y-e-s.ch

Föderalismus und Zentralismus sind die zwei Lungenflügel jeder Demokratie



«Die zentralistische EU ist die Antithese zur föderalistischen Schweiz»

«Die EU [stellt] quasi die Antithese zur Schweiz [dar]: nicht föderalistisch, sondern nach maximalem Zentralismus strebend.»

Olivier Kessler, Chefredaktor «Schweizerzeit», im Artikel «EU-Niedergang – Segen oder Desaster?»

«Eine unabhängige und neutrale (...) Schweiz ist für die Zukunft besser gewappnet als eine von Technokraten geprägte zentralistische EU.»

Aus dem Programm der SVP Nottwil

«Unsere direkte Demokratie würde [bei einem EU-Beitritt] in empfindlichen Bereichen eingeschränkt und unsere föderalistische Tradition durch den Brüsseler Zentralismus unterwandert.»

Webseite der Jungen SVP Bern

1. Für schlichtere Gemüter ist der Sachverhalt einfach: Die Schweiz ist föderalistisch, und das ist gut – die EU ist zentralistisch, und das ist schlecht. Wer aber im Staatskundeunterricht keinen Fensterplatz hatte, der erinnert sich: Nur eine Diktatur kann rein zentralistisch organisiert sein – für Staaten mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hingegen sind zentralistische und föderalistische Elemente unverzichtbar wie zwei Lungenflügel. Kein demokratisches Staatswesen wäre heute mit einem absolut gesetzten Föderalismus regierungs- und lebensfähig, und so lebt auch die Schweiz ganz selbstverständlich von einem ausgewogenen Zusammenwirken föderalistischer und zentralistischer Elemente. Die EU ihrerseits ist ja bekanntlich kein Staat, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss souveräner und demokratischer Staaten. Jedes einzelne ihrer politischen Ziele kann sie nur durch gemeinsamen Beschluss ihrer Mitglieder anstreben – das ist ihr föderalistischer Lungenflügel; aber um dafür zu sorgen, dass die auf diese Weise gemeinsam gefassten Beschlüsse auch tatsächlich verwirklicht werden, braucht sie selbstverständlich auch einen zentralistischen Lungenflügel.

2. Die Sache ist noch ein bisschen komplexer. Für die Formulierung ihrer Beschlüsse kennt die EU, vereinfacht gesagt, zwei Ins-

trumente. Das eine ist die Richtlinie, in der die angestrebten Ziele quantifiziert werden. Diese sind für die Mitglieder verbindlich; wie genau sie in die nationale Gesetzgebung eingeführt werden, bleibt aber der Organisation jedes Mitglieds überlassen. Die Richtlinie ist also das föderalistischere Rechtsinstrument. Ihr gegenüber ist die Verordnung zentralistischer: Sie formuliert die Ziele als im ganzen Unionsbereich direkt anwendbares Recht, das vor den entsprechenden nationalen Gesetzen Vorrang hat. Kurioserweise kann es aber in der Praxis passieren, dass ausgerechnet eine Richtlinie den Föderalismus in die Bredouille bringt und eine Verordnung ihn daraus befreit.

3. So geschehen beim vielbelachten Seilbahngesetz für Mecklenburg-Vorpommern. Um die Jahrtausendwende löste eine Serie schlimmer Seilbahnunfälle in Europa den Wunsch aus, die Sicherheitsstandards solcher Verkehrsmittel drastisch zu erhöhen und in allen EU-Ländern durchzusetzen. Das führte 2004 zur Verabschiedung einer Seilbahn-Richtlinie der EU: Jedes Land wurde verpflichtet, eine nationale Gesetzgebung mit den neuen Standards zu schaffen. Ausgerechnet das stark föderalistisch organisierte Deutschland kam in Verlegenheit, weil nach geltendem Recht die Bundesregierung keine Kompetenz Seilbahnwesen hat. Diese Kompetenz liegt allein bei den Bundesländern – und so wurden nebst hügeligen Regionen auch Stadtstaaten oder das topfebene Mecklenburg-Vorpommern genötigt, Seilbahngesetze zu formulieren. Das war tatsächlich ein Prunkstück der Absurdität. 2016 hatte der Spass ein Ende: Die EU-Organe beschlossen, die föderalistische Richtlinie durch eine zentralistische Verordnung zu ersetzen. Seither gelten die strengen Sicherheitsnormen einfach überall dort, wo man sie tatsächlich braucht – und das verspottete «Meck-Pomm» konnte sein Seilbahngesetz getrost schreddern. (sp) ★



Gesundes Essen für Millionen von Schulkindern

Im abgelaufenen Schuljahr 2016/17 haben rund 20 Millionen Schulkinder in 24 EU-Ländern vom Schulmilchprogramm und 11,7 Millionen vom Obst- und Gemüseprogramm der EU profitiert. Im neuen Schuljahr werden die beiden Programme zusammengelegt und mit 250 Millionen Euro ausgestattet, und diesmal machen alle EU-Länder mit. Den nationalen Partnern steht es frei, eigene Initiativen und Aufklärungsprogramme damit zu kombinieren und so für gesunde Ernährung zu werben. (sp) ★

Die Europäische Bürgerinitiative wird erleichtert

Seit 2012 können EU-Bürger und Bürgerinnen per «Bürgerinitiative» die Europäische Kommission zur Prüfung politischer Vorschläge verpflichten. Es braucht dazu eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Ländern. Bisher sind 47 Initiativen gestartet worden; vier haben das Quorum erreicht. Neu werden jetzt Initiativen von der EU-Verwaltung, die z.B. die Übersetzung in die Amtssprachen übernimmt, organisatorisch stark unterstützt und viele Formalien sind radikal vereinfacht worden. (sp) ★

Solidaritätskorps – wir müssen leider draussen bleiben

Das erst Ende 2016 geschaffene Europäische Solidaritätskorps, das europaweit Freiwilligeneinsätze für junge Erwachsene von 18 bis 30 Jahren koordiniert, verfügt bereits über einen Pool von 15000 Mitgliedern und hat schon 700 Einsätze (z.B. Aufbauhilfe, Umweltprojekte, Behindertenbetreuung) geleistet. Teilnehmen können junge Menschen aus den EU-Ländern sowie Island, Liechtenstein, Norwegen, Türkei und Mazedonien – die Schweiz findet sich leider nicht auf dieser Liste... (sp) ★



Herausgeber

Neue Europäische Bewegung Schweiz (NebS).

Redaktion

Claire-Andrée Nobs, europa.ch, Postfach 481, 3000 Bern 22, Tel. 031 302 35 36, info@europa.ch.

AutorInnen

Raphaël Bez, Doris Angst, Andreas Schwab, Tiana Moser, Claire-Andrée Nobs, Felix Brun, Fiona Wiedemeier, Fredy Lüchinger, André-Lou Sugàr, Julia Hofstetter, Sebastian Speich (sp).

Übersetzungen und Korrektorat

Toni Koller, Pierre Alain Seiler, Max A. Ambühl, Fiona Wiedemeier, Lukas Wegmüller, Claire-Andrée Nobs.

Konzept

Nicolas Peter.

Druck

Stämpfli AG, Bern.

Auflage

3000 dt., 2000 fr.

Titelseite

Laura Sadis (©CLAUDIO BADER PHOTOGRAPHY).

Postkonto

30-9024-9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben von europa.ch zu inserieren oder zu schreiben, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter info@europa.ch.

SURFEN

Eine kräftige Motivations-spritze für Euro-Turbos



Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland bietet eine sowohl online wie auch gedruckt lesbare Broschüre mit dem Titel «60 Gründe für die EU», die in kurzen Textabschnitten einen Überblick über den omnipräsenten Einfluss der europäischen Integration auf erstaunlich viele Lebensbereiche des EU-Bürgers verschafft. Zugegeben: Gelegentlich ist die rosa Brille etwas spürbar, und der Text sieht ein wenig nach Motivations-spritze für Euro-Turbos aus. Dennoch ist er ein Mutmachender Denkanstoss gegen alle europhobe Miesmacherei. (sp)

www.60-gute-gruende.eu

Das Brexit-Drama Schritt für Schritt mitverfolgen



Die Tageszeitungen sind voll von Berichten und Analysen über den Brexit, also den Prozess der Loslösung des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. «Brüssel» hat in diesem Trauerspiel von Anfang an auf Transparenz gesetzt und eine breit angelegte Website eingerichtet, über die jeder Interessierte direkten Zugang erhält zu allen Dokumenten, die in diesen mühsamen Verhandlungsprozess einfließen. Auch das Verhandlungsmandat des Brexit-Unterhändlers Michel Barnier ist hier dokumentiert. (sp)

ec.europa.eu/commission/brexit-negotiations_en



Joline. Das Diningsofa für aussergewöhnlichen Sitzkomfort am Esstisch. Design: Mathias Seiler.

